VORSCHLAEGE FUER KONFOEDERATION IM NAHEN OSTEN

Eine Broschüre mit obigem Titel ist in Vorbereitung und soll demnächst von der Gesellschaft für Nahost-Konföderation in Haifa (Israel" herausgegeben werden. Die Gesellschaft wurde vor 2 Jahren gegründet, um die Idee der Konföderation als Lösung und Sicherung des Friedens in diesem Gebiet zu fördern. Mitglieder sind Juden, Araber und Ausländer mit einem starken Verantwortungsgefühl für die kommenden Generationen, die in Zukunft im Nahen Osten zusammenleben werden müssen. Die erste Serie wird 8 Vorschläge bringen. Die Gesellschaft unterbreitet diese zur öffentlichen Diskussion nachdem alle offiziellen Vorschlage in einer Sackgasse endeten und zum Krieg geführt haben.. Die Artikel werden im Namen der jeweiligen Autoren gedruckt.

Der erste Beitrag ist von Dr. Hugh Schoenfield, ein hervorrangender Bibelforscher und Schriftsteller, der abwechselnd "in London und in Malta lebt. Er ist der Initiator und Mitbegründer der Mondcivitan Republic (Republik der Weltbürger) die er jetzt als Allgemeiner Botschafter vertritt. Seine Vorschläge gehen auf eine Schrift zurück; "die er im Jahre 1945 veröffentlichte und die einen Plan entwickelt, durch "welche 3 intern autonome Staaten, Israel, Palästina und Jordanien, in ein föderales Verhältnis mit einer gemeinsamen Hauptstadt in Jerusalem gelangen sollen. Er schlägt jetzt vor, dass Vertreter von Israel., der Palästinenser und Jordanien's erste Verhandlungen führen sollen, da es in erster Linie diese Leute angeht. Die zweite Phase der Verhandlungen soll "dann zwischen "den arabischen Staaten "und "der Konföderation stattfinden.

Der nächste Vorschlag ist: Leserbriefen entnommen, die Herr Henry S. Rosenberg aus Toronto (Kanada) in der Jerusalem Post veröffentlicht hatte. Sein Plan sieht. eine 3-teilige Konföderation vor, bestehend aus Israel, Arabisch-Palästina im Westufergebiet und einem dritten Mitgliedstaat im Gazastreifen.

Herr Naftali H. Rein aus Jerusalem ist ein hoher Regierungsbeamter Israels im Ruhestand. Er hatte wiederholt Artikel in der Jerusalem Post und in anderen. Blättern. Veröffentlicht , in denen er eine Konföderation bestehend, aus Jordanien mit einer angeschlossenen autonomen, Arabisch-Palästinensischen Provinz einerseits und Israel auf der anderen Seite vorschlug. Er gibt am Schluss seines Artikels der Überzeugung Ausdruck; dass letzten Endes Weltfrieden nur durch ein System von freiwilligen Zusammenschlüssen freier Nationen, die in einer föderalen Welt-Regierung mit letzter militärischer Macht enden, erreicht werden kann. Die Palästinensische Föderation beider Ufer des Jordans soll unser bescheidener Beitrag zu, einer solchen zukünftigen weltweiten Föderation von zusammen-

geschlossenen Staaten sein und somit auch unser Beitrag zum Weltfrieden.

Nun komnmt ein 12 Punkte umfassendes Programm von Gideon Gottlieb, Professor der Rechtswissenschaften an der Universität York. Zusammen mit noch 3 anderen Wissenschaftlern, hatte er ein "Commonwealth of Pälestine" in einem Artikel., der in der New-York Times am 23. 2.71 veröffentlicht wurde, vorgeschlagen. In dem Artikel, den er für unsere Broschüre schrieb, betont Prof. Gottlieb die Notwendigkeit, bestehende Strukturen zu überwinden. Er schlägt die Zusammensetzung eines gemeinsamen Palästina-Schlichtungsrates vor. Dieser soll aus Vertretern von Jordanien, Israel und den Palästina-Arabern bestehen. Wenn dieser Rat zur Zufriedenheit aller Teile funktionieren wird, könnten ihm die Parteien den Status einer Regierung verleihen.

Herr Abie Nathan, ein Jude persischen Ursprungs, der nach Israel 1948 aus Indien einwanderte, wurde als Friedenspilot, der den Versuch unternahm, mit Aegypten zu vermitteln , bekannt. Er leitet jetzt das "Friedensschiff"-Projekt, das Radio-Sendungen im östlichen Mittelmeer.ausstrahlt. Der Artikel, den die Gesellschaft bringt, ist eine gekürzte Fassung von Abie Nathan's Vorschlag, der in I.F.Stone's Weekly in Washington D.C. am 24.3.69 erschien. Auch dies ist der Plan eines drei-staatlichen Zusammenschlusses mit einer Föderalhauptstadt in Jerusalem. Abie Nathan hat ausserdem noch einen Vorschlag im Bezug auf spezielle gemeinsame Komitees der Union für Wirtschaft, Verteidigung, Aussenpolitik und Kultur ausgearbeitet.

Danach schlägt Herr Jacob Katwan, sozial-politischer Analytiker und Schriftsteller aus Haifa, einen 8 Punkte umfassenden Plan von einzelnen Friedensschritten vor die in festgelegter Reihenfolge ausgeführt werden sollen. wobei; immer eine Massnahme zugunsten der Araber mit einer solchen zugunsten Israels abwechselt. Sein Ziel ist ein "brüderlich ko-operierender, blühender und fortschrittlicher Nahost-Verband von Nationen, wie der Europäische Gemeinsame Markt."

"Joseph W. Abileah, der Sekretär der Gesellschaft, schreibt seinen persönlichen Beitrag zur Broschüre. Es ist dies ein Vorschlag für eine 3-Staaten-Konföderation – Jordanien, Arabisch-Palästina und Israel - , ähnlich den oben angeführten Plänen. Ueberdies wird betont, dass ein vergrössertes Bewässerungsprojekt in der Syrischen Wüste die Bereitstellung fruchtbaren Landes für deren Bewohner ermöglichen soll. Hingegen bleibt die Lösung des Flüchtling-Problems die Aufgabe der Konföderation. Die neue Staaten-Union soll jedem Land des Nahen Ostens zum Beitritt offen stehen und ist mit dem Ziel gegründet, in der Zukunft die Vereinigten Staaten des Nahen Ostens zu schaffen, in denen. Israel nicht mehr ein Fremdkörper oder ein gefürchteter Herrscher sein wird. Als grundlegende Einstellung fordert Abileah die Anwendung ethischer Grundregeln, die in den Beziehungen von Mensch zu Mensch Geltung haben, auch bei politischen Entscheidungen zu beachten.

Der Vorsitzende, Herr Ibrahim Sim'an, ein arabisch-christlicher Bürger Haifas; kommentiert Abileah's und die anderen Pläne, fügt aber noch hinzu, dass den palästinensischen Arabern, eine Zeitspanne von 5 Jahren in voller Freiheit eingeräumt werden muss, um ihre eigene, natürliche und gewählte Volksvertretung zu schaffen. Am Ende dieser Periode soll eine Volksbefragung zu mehreren Möglichkeiten durchgeführt werden. In diesen ist eine bi-nationale Konföderation vorgesehen, in der Israel als ein Mitglied und Palästina-Jordanien als zweiter Partner erscheint, ferner eine Gliederung Israel-Palästina mit Jordaninen als zweiter Partner. Ausserdem werden noch andere Konstellationen erwähnt. Herr Sim'an betont die Wichtigkeit, auf Volksebene beiderseitiges Vertrauen und guten Willen zu schaffen, die für eine dauernde Lösung bisher noch fehlen.

Von Staatsmännern ist es ein Einziger der die Konföderations-Idee ohne Reserve befürwortet: Präsident Léopold Sédar Senghor aus Senegal, der das Nahost-Gebiet mit noch 3 afrikanischen Staatsmännern besuchte, erklärte ausdrücklich in einem Interview für die Presse, dass nur eine Konföderation bestehend aus 2 oder 3 Staaten, eine Möglichkeit zur Lösung der jetzigen Lage darstellen kann.

In zwei weiteren Vorschlägen, einer von der arabischen Seite und einer von Israel, fehlen Freiheit und Status eines vollwertigen Mitgliedstaates für die palästinensischen Araber .Der erste ist König.Hussein's Föderationsplan vom 15.3.72, der das Hauptbestimmungsrecht in Amman beibehalten will und Israel völlig ignoriert. Der zweite ist ein Plan., der wiederholt von Seiten des israelischen Verkehrsministers Shimeon Peres laut wurde. Auf die direkte Anfrage der Gesellschaft erklärte nun Minister Peres, dass nach seinen Vorstellungen Israel immer die Oberhand behalten muss. Dies deckt sich nicht mit der Einstellung der Gesellschaft, die nur Konföderations-Projekte befürwortet, in denen die völlige Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten gesichert ist.

Haifa, November 1973 Joseph VJ. Abileah.

Sekre-

tär der Gesellschaft für Nahost-Konföderation

(Text am 10.10. 99 in den PC eingelesen und neu formatiert und im August 2006 berichtigt. T.A.)

GESELLSCHAFT FUER NAH-OST KONFOEDERATION

c/o Joseph W. Abileah, 55A Hillel Str., Haifa-33728 (Israel) Tel. 521794

RUNDBRIEF FUER MITGLIEDER UND FREUNDE

Der erste Jahrestag unserer Gründungsversammlung nähert sich und es ist daher angebracht, unseren Mitgliedern und Freunden in Form dieses Rundbriefes etwas von unserer Arbeit zu berichten.

Ziel unserer Gesellschaft ist es, ein Forum für Friedenspläne fussend auf wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit von Arabern und Juden zu sein, diese zu prüfen und angenommene Pläne zu fördern.

Der erste Vorschlag, auf Grund dessen auch die Vorarbeit gemacht wurde, war eine dreiteilige Konföderation zwischen Jordanien, Arabisches Palästina und Israel mit einer Federal-Regierung in Jerusalem. Der sollte jedoch nicht der Einzige bleiben. Die Gründungsversammlung der Gesellschaft, die von Frl. Edith Wolff, Herrn Farid-Wajdi Tabari, Pastor K. Musallam und Joseph W. Abileah, alle in Haifa wohnhaft, einberufen wurde, fand in der Pension Wohlman in Haifa statt. Es waren ungefähr 40 Personen, Araber, Juden und Ausländer von den verschiedensten Kreisen anwesend. Die internationalen Schirmherrn waren: Dr. Landrum Bolling, Richmond, Ind. (U.S.A.), Adv. Hein van Wijk, Holland, Yehudi Menuhin und Dr. Hugh Schönfield, die beiden letzteren aus London.

Auf der Versammlung wurde ein zeitweiliges Komitee von 8 Personen gewählt, um die Statuten der Gesellschaft aufzusetzen. Diese sollten bei einer nächsten Versammlung bestätigt und den Behörden zur Registrierung eingereicht werden. Ende Mai 1971 hatten sich die ersten 31 Mitglieder eingetragen. Die Zahl stieg auf 50 am Tage der zweiten Versammlung, die. für den 5.8.71 einberufen wurde. An dem Abend wurden die Statuten angenommen und in den drauffolgenden Tagen dem Distrikt-Kommissär von Haifa mit der Bitte um Eintragung des Vereins unterbreitet. Es wurde auch an demselben Abend ein Kuratorium von 9 Mitgliedern für ein

halbes Jahr gewählt. Herr Farid-Wajdi Tabari wurde gebeten, als erster Vorsitzender des Vereins zu fungieren.

Danach fuhr unser Sekretär, Joseph Abileah, auf eine ausgedehnte Vortragsreise in Europa und in den Vereinigten Staaten. Während fast vier Monaten hielt er 65 Vorträge, um die neue Gesellschaft zu propagieren und über die Vorarbeit, die der Gründung voranging zu berichten. Es waren auch T.V. und Radio-Sendungen in dieser 42000 km Tournée inbegriffen. Es gelang ihm, überall den Dialog zwischen Arabisch und Israeli orientiertem Publikum in die Wege zu leiten. Ein besondrer Bericht über diese Kampagne liegt vor. Inzwischen hatte sich Dr. Martin Niemöller aus Wiesbaden (West-Deutschland) der Gruppe von Schirmherrn angeschlossen.

Der letzte Schritt zur Legalisierung des Vereins durch Bekanntmachung der Gründung und Zielsetzung in der Tagespresse wurde am 9.1.72 mit einer Notiz im "Haaretz" gemacht Auf der Sitzung des Kuratoriums nach Rückkehr des Sekretärs, am 20.1.72, wurde eine Reihe von Vorträgen und Diskussionsabenden beschlossen. Das Baptisten-Zentrum in Haifa wurde uns freundlicherweise für unsere zwei-wöchentlichen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Inzwischen kamen auch schon interessierte Leute vom Auslande in unser Büreau, das in der Wohnung des Sekretärs laut obiger Adresse eingerichtet wurde. Diese wurden im Lande herumgeführt, um Mitglieder kennen zu lernen und die Situation durch Besuche und Gespräche mit der Bevölkerung des Westufers kennen zu lernen.

In der Vortragsreihe hörten wir zuerst einen mündlichen Bericht von Joseph Abileah über seine Auslandsreise und die Reaktion von Juden, und Arabern sowie anderer interessierter Personen zu seinen Friedensvorschlagen. Er konnte auch neue Mitglieder in den verschiedenen Ländern werben. Der zweite Abend war ein Vortrag des Sozial-Politischen Autors, Herrn Jakob Katwan aus Haifa, der seinen "Neuen Friedensplan für den Nahen Osten" erklärte und dem interessierten Publikum Fragen beantwortete. Vier Wochen später fand eine Diskussion über eine Erklärung von Grundregeln und Arbeitsprogramm der Gesellschaft statt. Diese wurde in der darauffolgenden Woche fortgesetzt und endlich einem Ausschuss übergeben, der den endgültigen Satz in einer künftigen Begegnung zur Bestätigung vorlegen soll. Zwischen diesen Veranstaltungen wurde am 2. März, 1972, eine Generalversammlung bei Wohlman abgehalten. Neuwahlen brachten Herrn Ibrahim Sim'an als Vorsitzenden und einen aktiven Jungen anstelle zweier älterer Mitglieder ins Kuratorium. Es wurde auch beschlossen, den Mitgliedsbeitrag vom 1.3.72 auf IL. 2. zu erhöhen. Dies ohne den diesbezüglichen Para-

graphen in den Statuten, der ein Minimum von IL.1.- monatlich vorsieht, zu ändern. Wir können somit minder bemittelten, die ihren Beitrag nicht erhöhen können, Ermässigung gewähren. Wir haben inzwischen ein Bank-Konto im Namen der "Society for M.E. Confederation" No.222011 bei der Israel Discount Bank Ltd.., Bank Street Branch Haifa, eingerichtet. Unsere Konto-Nummer für fremde Valuten bei derselben Bank ist 253960.

Der letzte Vortrag von Herrn Ing. D. Ben-David über "Hydrotechnische Ideen für eine Nah-Ost Konföderation" musste verschoben werden. Wir hatten nämlich die Zusage vom Höchstehrwürdigen George Appleton, Anglikanischer Erzbischof in Jerusalem, für einen Vortrag über das Thema, "Einer vereinten Menschheit zustrebend", der am 12.4.72 stattfand, erhalten. Das Publikum, das von Leuten der verschiedensten Religionsgemeinschaften und unterschiedlicher Herkunft bestand, war sehr beeindruckt.

Unser Sekretär konnte während der ersten 4 Monate dieses Jahres vor verschiedenen Gruppen sprechen. Es waren dies Studenten der Universitäten von Jerusalem und Haifa, Einwohner eines Arabischen Dorfes und eines Grenz-Kibbutzes, Gruppen von Aeltern und ein gemischter Arabisch-Jüdischer Diskussionszirkel in Nazareth, Touristen aus Deutschland und aus der Schweiz sowie junge Leute der Aktion Sühnezeichen aus Berlin. Mit einigen dieser Letzten machte er einen Ausflug in das besetzte Gebiet (Westufer). Desgleichen fuhren mit ihm Studenten der Jerusalemer Universität in Fortsetzung eines Vortrages. Die Kontakte in Jerusalem brachten Interviews für Studentenzeitungen mit sich und junge Studenten bekamen Interesse, Forschungsarbeiten über Frieden im Nahen Osten durch Konföderation in Angriff zu nehmen. Sie bekommen alle nötige Information und Führung zu ihrer Arbeit in unserem "Friedens-Büreau". Eine Radio-Aufnahme über Kriegsdienstverweigerung in Israel gab unserem Sekretär eine weitere Gelegenheit, seine Ideen zur Lösung unserer Konflikt-Situation auszusprechen. Gleichzeitig wurde das Interesse der Auslandspresse erweckt und der Christian Science Monitor in Boston veröffentlichte einen Artikel über Nah-Ost Konföderation in der Ausgabe vom 7.3.72. Ein Reporter vom Radio Berlin wurde von unserem Sekretär auf einer 4 tagesreise nach Gaza, Westufer und Golan zwecks Aufnahme von öffentlicher Meinung zu aktuellen Fragen begleitet.

Ausserdem finden viele Hausabende, Diskussionen und Begegnungen mit Kontaktpersonen anderer Friedensbewegungen sowie Regierungsbeamte und Pastoren der verschiedenen Kir-

chen statt. Ein Ehepaar aus Süd- Deutschland, das von der Idee besonders eingenommen ist, spendete der Vereinskasse die Summe von DM 4000,-. Dies zusammen mit Mitgliedsbeiträgen und anderen regelmässigen Spenden gibt uns die Möglichkeit, unsere Arbeit fortzusetzen. Das Internationale Freundschaftsheim in Bückeburg (Westfalen), W. Deutschland, hat unseren Sekretär aufgefordert, die bevorstehende Israelisch-Arabisch-Deutsche Begegnung vom 12. bis 24. September, 1972, zu leiten. Anmeldungen von Teilnehmern in diesem Seminar mit Möglichkeit von Fahrtspesenzuschuss werden entgegengenommen.

Die Tatsache, dass unsere Mitgliedschaft von Juden und Arabern, Moslems und Christen verschiedener Denominationen besteht, gibt uns die Möglichkeit, breite Kreise der Bevölkerung zu erfassen und auf diese Weise öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dieses Werk der Versöhnung mit konstruktiven Plänen für mögliche Lösungen in direktem Dialog mit unseren Nachbarn lässt uns einen Fortschritt fühlen, der uns den Mut zu einer tatkräftigen Weiterarbeit gibt.

Haifa, den 14.5.1972

Ibrahim Sim'an Joseph W. Abileah

Vorsitzender Sekretär

(In den PC eingelesen und neu formatiert am 11. 10. 99. Bückeburg ist benachbart zum westfälischen Minden, gehört aber zu Niedersachsen. T.A.)

Mitteilung Mai 1990

Freunde der Gesellschaft für Nahost-Konföderation c/o Aaron Kamis-Müller, Avenue de la Rochelle 8, CH-1008 Prilly Schweiz

Anbei ein Werbe-Blatt des Verlags der Universität von Syracuse betreffend die Biographie von Joseph Abileah in englischer Sprache.

Wir empfehlen dieses gebundene Buch bestens und bitten Sie, die Biblothek in Ihrem Wohnort zu ersuchen, es sich anzuschaffen. Eine weitere Idee wäre, das Buch einer Bibliothek in einer Stadt oder einem Dorf in Israel, in der West Bank, im Gaza-Streifen oder in Jordanien zu schenken.

Gegen Ende 1987 kam Joseph Abileah zur Ueberzeugung, dass er die umfangreiche Arbeit als Sekretär der Gesellschaft für eine Nahost-Konföderation aufgeben muss, um seine Gesundheit zu schonen.

Momentan geht es ihm recht gut, aber mit seiner enormen Korrespondenz kann er nicht Schritt halten. Sie werden deshalb
verstehen, wenn wir Sie bitten, ihm nicht zu schreiben. Ausserdem ist das Bank-Konto in Deutschland (dessen Nummer auf
der Innenseite des Umschlags oder auf Seite 1 der Broschüre
"Stimmen für eine Nahost-Konföderation, Zwei Interviews" angegeben ist)geschlossen worden.

Die Gesellschaft für Nahost-Konföderation hätte unter dem neuen Namen "Bewegung für eine Konföderation" weitergeführt werden sollen. Erst kürzlich wurde jedoch klar, dass diese Organisation nicht der gesetzliche Nachfolger der Gesellschaft für Nahost-Konföderation ist. Die Bewegung für eine Konföderation unterstützt einerseits die Konföderationsidee, setzt sich jedoch lediglich für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge innerhalb von Palästina ein. Für weitere Auskünfte können sich Interessenten an folgende Adresse wenden: Movement for Confederation, c/o Professor André Chouraqui, 8 Ein Rogel, Jerusalem 93543, Israel.

Die Idee einer Konföderation wurde im vergangenen Jahr von Abba Eban, vom ehemaligen Staatssekretär George Shultz (in einem Interview in der "Washington Post") sowie von Yehezkel Landau, Exekutiv-Direkter der religiösen jüdischen Friedensgruppe "Os 'V´Shalom" in Israel, unterstützt. Ausserdem dürften demnächst Kontakte zwischen Jordanien und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zur Wiederbelebung der Idee einer jordanischpalästinensischen Konföderation geknüpft werden. Dies würde einen ersten Schritt im Hinblick auf eine solide Grundlage des Friedens darstellen, d. h. für eine Konföderation mit drei Mitglied-Staaten: Israel, Palästina und Jordanien.

ADVANCE INFORMATION ON NEW BOOK

ISRAELI PACIFIST

The Life of Joseph Abileah
Anthony G. Bing
Foreword by Yehudi Menuhin

For more than fifty years, Joseph Abileah, a violinist from Haifa, has worked for reconciliation between Arab and Jew. His proposal for a confederation between Israel, Palestine and Jordan, once regarded as quixotic by Israelis, is now being given serious consideration by both Israelis and Palestinians. Through the prism of Joseph Abileah's life, the author treats the themes of bi-nationalism, confederation and pacifism in the Middle East in an engaging and readable fashion.

THE AUTHOR

Anthony G.Bing is director of Peace and Global Studies at Earlham College. He has lived in the Middle East and set up academic programmes there for more than 20 years. Upon meeting Joseph Abileah in 1971, Bing became interested in writing his biography, which he completed at Woodbrooke College in England while living in the room where Gandhi had stayed in 1931. Abileah now lives in West Germany.

SPECIAL FEATURES

 An engaging, readable account of what one committed individual can achieve in the struggle for reconciliation between Arabs and Jews

READERSHIP

- Middle Eastern studies
- Pacifism

BIBLIOGRAPHICAL

Publication date June 1990 0 8156 2488 3 £15.95

180pp., 10 photographs

Please order from your nearest bookseller or direct from Drake Marketing Services, Market House, Deddington, Oxford OX5 4SW adding £1.50 for post and packing. Please give your full name and postal address.

Published by Syracuse University Press

Warum ich von meinem Wahlrecht

künftig keinen Gebrauch mehr machen will.

Teilnahme an politischen Wahlen war für mich bisher selbstverständlich. Nicht wählen zu gehen schien mir mit demokratischer Gesinnung unvereinbar. Nach reiflicher Überlegung bin ich aber inzwischen zu der Auffassung gekommen, daß es für mich keinen Sinn mehr macht, zu den Wahlurnen zu gehen. Das will begründet sein.

Sozialökonomische Fehlentwicklungen

Etwa seit Anfang der siebziger Jahre haben die Regierungen der BRD eine sozialökonomische Entwicklung zugelassen, die dem Gedanken sozialer Gerechtigkeit und eines sozialen Rechtsstaats zuwiderläuft und die Würde vieler Menschen mißachtet.

Das Geldvermögen in unserem Lande nimmt seit langem rascher zu als die Wirtschaftsleistung. Laut Bundesbank sind die Zinsausschüttungen der Banken von 1970 bis 1997 auf das Zwölffache eskaliert, während das Sozialprodukt nur auf das Fünffache und die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten nur auf das 3,6- fache zunahmen.

Das private Geldvermögen ist wie folgt gewachsen:

```
1969 = 0,5 Billionen DM

1979 = 1,35 Billionen DM

1984 = 2,02 Billionen DM

1989 = 2,80 Billionen DM

1992 = 3,4 Billionen DM (incl. Ostdeutschland)

1998 = 5,5 Billionen DM.
```

Das Geldvermögen ist äußerst ungleich verteilt. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DlW) in diesem Jahr bekanntgab, entfielen 1993 im Westen auf die weniger betuchte Hälfte der Haushalte 11% des Geldvermögens, während sich 28% des Geldvermögens bei den reichsten 5% der Bevölkerung konzentrierten. Das Gefälle in der Verteilung ist in Wirklichkeit aber noch größer, weil bei den statistischen Erhebungen Haushalte mit sehr hohem Vermögen in der Stichprobe weggelassen wurden.

Auf der einen Seite, bei einer Minderheit, nimmt der Reichtum ständig zu, auf der anderen Seite wird die finanzielle Lage immer schlechter. Die Einkommensschere ist weit geöffnet. Die Bevölkerungsmehrheit subventioniert in wachsendem Maße die Reichen.

Ein immer größerer Teil des Volkseinkommens muß für den Zinsendienst abgezweigt werden. Einkommen aus Arbeit gehen zugunsten der Einkommen aus Geldvermögen laufend zurück.

Statistische Erhebungen haben auch folgendes Bild ergeben:

Aufgrund der sehr ungleichen Verteilung des Geldvermögens hat eine große Mehrheit der Bevölkerung über Preise, Steuern und Mieten höhere Zinslasten zu tragen als sie mit ihren Spareinlagen Zinsgewinne erzielen kann. Nur etwa 10 bis 12 Prozent der privaten Haushalte erzielen aufgrund ihrer großen Geldvermögen mehr Zinsgewinne als sie Zinslasten zu tragen haben.

Wir haben es mit einer Entwicklung zu tun,die immer mehr den verfassungsrechtlichen Aspekt der Gleichheit verdrängt, mit einem sozialen Rechtsstaat nicht zu vereinbaren ist und zu strukturellen Unfreiheiten geführt hat. ¹

Gleichgültige Haltung der Parteien

Die Parteien Bü9O/Die Grünen, CDU/CSU, F.D.P. und SPD (alphabetische Reihenfolge) unternehmen gegen die skizzierte Fehlentwicklung nichts. Sie passen sich dem Trend an, plädieren für die Kürzung öffentlicher Leistungen, damit die steigenden öffentlichen Zinslasten bezahlt werden können.

- Vermögen werden nicht besteuert.
- Es fehlen eine Neubewertung des gesamten Grundeigentums und eine entsprechende höhere Besteuerung.
- Eine Beseitigung von Steueroasen wie zum Beispiel Luxemburg wird auf der internationalen

Ebene nicht ernsthaft angestrebt.

- Vier Millionen Menschen sind immer noch arbeitslos.

Indem Parteien und Regierungen die Entwicklungen laufen lassen und die Verhältnisse hinnehmen, mißachten sie die Grundrechte Gleichheit und Freiheit, das Anliegen des sozialen Rechtsstaates und die Menschenwürde, und sie riskieren den sozialen Frieden. Mit sozialer Gerechtigkeit können sie nichts im Sinn haben, wenn auch hin und wieder gegenteilige Beteuerungen zu hören sind. Glaubwürdig klingen sie meistens nicht.

Ich will die genannten Parteien und ihre einseitigen politischen Wege nicht mehr wählen. Ihre sonstigen Unterschiede sind vergleichsweise unbedeutend. (Jedoch machen Kommunalwahlen, bei denen regionale Bürgerinitiativen Chancen haben, für mich allenfalls noch Sinn.)

Parteien vom linken oder rechten Rand zu wählen, widerstrebt mir. Abgesehen von der Frage, ob sie überhaupt eine wirkliche Trendwende einleiten würden - die verfassungsrechtlichen Bedenken sind gravierend. Und Splittergruppen haben aufgrund der Fünfprozentklausel ohne-

^{1 *)} Siehe zum Beispiel Dieter Suhr, Gleiche Freiheit. Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft. Mette Verlag, Reihe Wissenschaft. Augsburg 1988.

hin keine Chancen, von den Ausnahmen auf kommunaler Ebene abgesehen.

Parteienherrschaftsdemokratie

Meine künftige Stimmenthaltung beruht nicht auf einem Mangel an demokratischer Gesinnung, hat aber auch zu tun damit, daß es mit der Demokratie ja ohnehin nicht weit her ist:

- Unsere "Parlamentarische Demokratie" ist auf demokratische Spielwiesen begrenzt. Art. 21 GG lautet: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Aus dem Mitwirkungsrecht ist in der Praxis aber eine Parteienherrschaft geworden, die lediglich eine "Zuschauerdemokratie" erlaubt. Die Regierungen haben es unterlassen, dem Volk neben den üblichen Wahlen auch Abstimmungen zu ermöglichen, wie es Art. 20 GG vorsieht.
- Auch dem Art. 146 GG wurde bisher nicht Rechnung getragen, nach dem eine vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossene Verfassung vorgesehen ist.

Stimmenthaltung ohne Wirkung

Egal ob man Bü9O/Die Grünen, CDU/CSU, F.D.P. oder SPD wählt, die Wähler können mit ihrer Stimmabgabe keine Regierung dazu bewegen, entscheidende Änderungen der Politik vorzunehmen. Geringere Wahlbeteiligungen ändern zwar an dem herrschenden Trend auch nichts, sind aber eine Möglichkeit, jenen Fehlentwicklungen die Zustimmung zu verweigern.

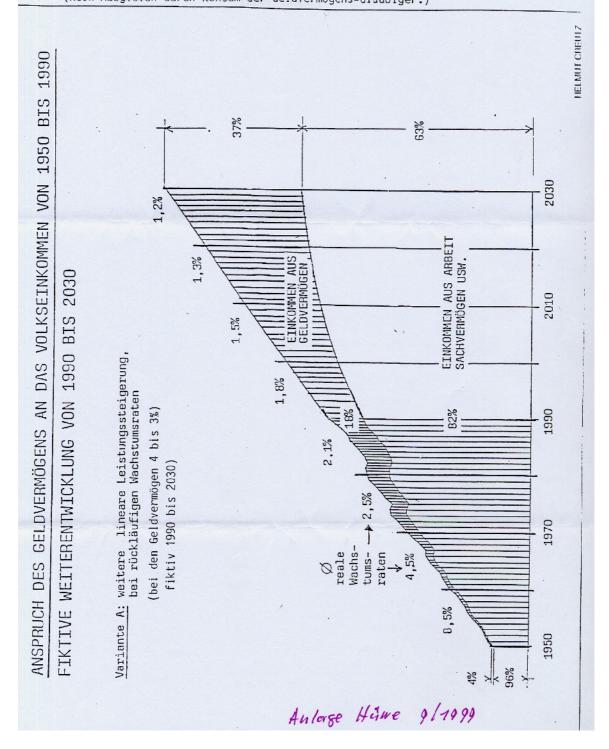
Änderungen mittels Gewalt kommen nicht in Betracht. Man hat sich mit legalisiertem Unrecht und den demokratischen Defiziten abzufinden.

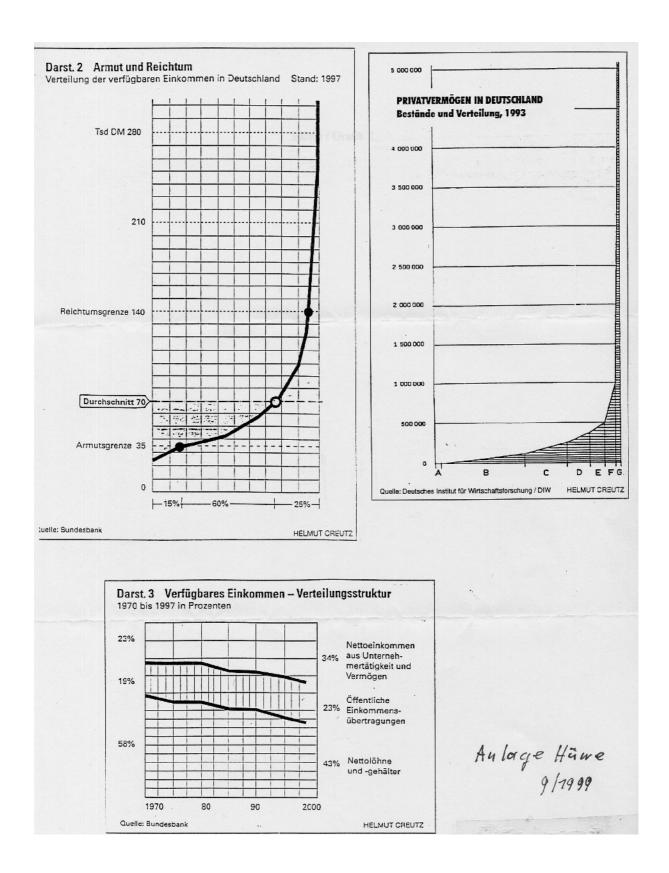
Stimmenthaltungen tun den großen Parteien nicht weh. Wenn sie auch geringe Wahlbeteiligungen beklagen, ihre Macht ist da durch bisher nicht geschwächt worden.

Die Gefahr, daß Parteien des linken oder rechten Randes zu stark werden, besteht zur Zeit nicht. Sollte sie aufkommen, würde ich wieder zur Wahl gehen, um mitzuhelfen, eine noch stärkere Mißachtung unserer Verfassung zu verhindern.

Berlin, Sept. 1999 Josef Hüwe

Der Widerspruch im System: Einerseits soll immer mehr produziert und konsumiert werden (damit die Verzinsung des wachsenden Geldkapitals gewährleistet ist). Andererseits gehen die Einkommen aus Arbeit zugunsten der Einkommen aus Geldvermögen laufend zurück, so daß die Absatzmärkte schrumpfen. (Kein Ausgleich durch Konsum der Geldvermögens-Gläubiger.)



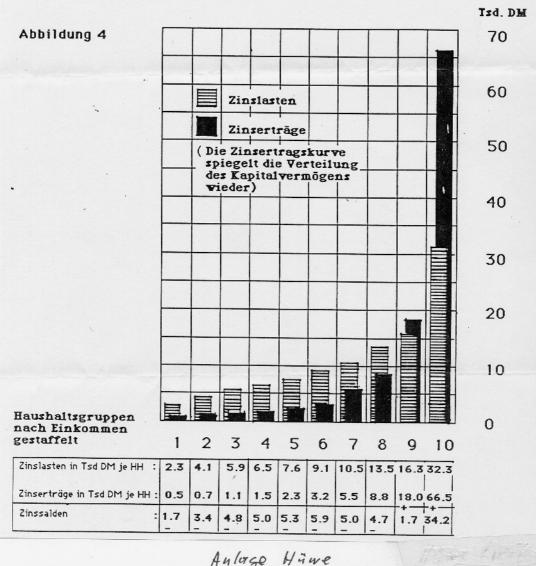


GEGENÜBERSTELLUNG DER ZINSBELASTUNGEN UND -ERTRÄGE DER HAUSHALTE AUFGETEILT AUF ZEHN GRUPPEN MIT JE 2,5 MIO HAUSHALTE

Angesetzte Zinslasten bzw. -erträge: 270 Mrd DM (Stand 1982)

(= Zinstransfer von private in private Taschen)

Angesetzter Habenzins im Durchschnitt 5,5% Alle Werte in Tsd DM je Haushalt p. a.



Aulorgo Häwe 9/1999

LESER, FACHLEUTE UND JOURNALISTEN DISKUTIEREN

Nullrunden für Arbeitnehmer?

■ Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) würden es Unternehmen erleichtern, mehr Leute einzustellen. hatte es vorgeschlagen: Zur Schaffung neuer Jobs sollten Arbeitnehmer Zurückhaltung bei Tarifabschlüssen üben. Ein altes Rezept, das jetzt - angeregt durch die beschlossenen Nullrunden bei den Renten - wieder in die politische Diskussion eingebracht wurde. Löhne und Gehälter sollten nur in Höhe der Inflationsrate steigen, die niedrigeren Arbeitskosten Effekte einer Lohnzurückhaltung.

Doch kann diese Rechnung aufgehen? Becks Ministerpräsidentenkollege Gerhard Glogowski (SPD) fordert in diesem Sinne Kreativität von den Tarifparteien. Professor Hedwig Rudolph, Sozialwissenschaftlerin aus Berlin, hält dagegen: Wer Nullrunden von Arbeitnehmern fordere, unterschätze die negativen

Um Beschäftigung zu schaffen, ist Kreativität auf allen Seiten gefordert

■ Das oberste Gebot unserer Politik in dieser Zeit muss lauten: Wir müssen die Zukunst unserer Kinder sichern. Darum gibt es zum Sparen auch keine Alternative. Wir haben in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten manches Mal über unsere Verhältnisse gelebt, insbesondere auch die öffentliche Hand.

Unsere Lebensqualität hat im Allgemeinen einen Standard erreicht, bei dem die überwiegende Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger auch bei ein wenig Verzicht noch gut leben kann.

Der Sozialstaat muss neu defi-niert werden. Wir müssen den aktivierenden Staat schaffen, die Eigeninitiative stärken und denen Mut machen, die etwas wagen wollen. Wir, müssen andererseits aber insbesondere darauf achten und sicherstellen, dass der Staat für die tatsächlich Bedürftigen da ist. Den wirklich Schwachen dauerhaft zur Seite stehen und andererseits helfen, die Eigenverantwortung zu stärken - das wird eine der Grundformeln der Zukunft sein müssen. Es ist wichtig, dass wir den Generationenvertrag neu definieren, indem wir die Renten-



Gerhard Glogowski (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen

systeme langfristig umsteuern und damit auch sichern. Die Grund-lagen dafür sind die Rentenvorschläge von Arbeitsminister Walter Riester. Eine Rentensteigerung in Höhe des Inflationsausgleichs in den nächsten Jahren ist vor dem Hintergrund der langfristigen Sicherung und der Berechenbarkeit vertrethar

Die Forderung meines Kollegen Kurt Beck beruht auf der Erkenntnis von der "Lehre der Bescheiden-

heit". Lohnverzicht gegen Arbeitsplätze – dies ist eine Formel, die nur die Tarifparteien gemeinsam beantworten können.

Die Einhaltung der Tarifautonomie war eine der Grundlagen für die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik daran sollten wir nicht rütteln. Ta-rifpolitik ist Sache von Gewerkschaften und Arbeitgebern - in ihrer gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung.

Die Gespräche im Bündnis für Arbeit sind auf einem guten Weg. Dort ist verabredet worden, da-rüber zu reden, wie eine verlässliche Tarifpolitik aussehen kann. Dabei ist Kreativität auf allen Seiten gefordert, um Beschäftigung zu sichern und zu schaffen. Dies ist eine langfristige Aufgabe und Arbeit über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg. Sie ist das Zusammensetzen vieler kleiner Mosaiksteine dazu gehören auch sozial verantwortbare und moderate Tarifabschlüsse. Diese werden dann kein Strohfeuer sein, wenn danach deutlich wird, dass dadurch eine Beschäftigungskomponente erzielt

1 VOn ?

Wer Nullrunden vorschlägt, vergisst die private Nachfrage

An dem Vorschlag, zwei Nullrunden für Arbeitnehmer vorzusehen, ist zunächst der Zeitpunkt bemerkenswert, nämlich genau im Vorfeld der Gespräche des "Bündnisses für Arbeit", bei denen Fragen der Tarifpolitik erstmals auf der Agenda standen. Geht es "uns" wirklich so gut, dass - wie die Befürworter argumentieren - (befristete) Abstriche am Lohneinkommen zumutbar sind? Ist dies eine angemessene oder gar notwendige Maßnahme im Interesse der nationalen Wettbewerbsfähigkeit? Steigen dadurch die Chancen auf zusätzliche Beschäftigung?

Alle drei Fragen müssen verneint werden. Die Reallöhne sind bereits zwischen 1992 und 1997 gesunken und haben sich nur im letzten Jahr minimal erhöht. Im Gegensatz dazu haben die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der gleichen Periode mit über vierzig Prozent kräftig zugelegt. Dass ausgerechnet die abhängig Erwerbstätigen für zwei weitere Jahre auf Lohnzuwächse verzichten sollen, ist vor diesem Hintergrund wenig überzeugend. Abgesehen von den nega-



Hedwig Rudolph, Direktorin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

tiven Verteilungseffekten schlägt "Lohnzurückhaltung" als Dämpfung der privaten Nachfrage durch. Damit kann die Binnennachfrage als wichtiger Konjunkturfaktor keinen neuen Schwung gewinnen. Gerade dies aber wäre eine entscheidende Voraussetzung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Nicht sinkende Kosten, sondern verbesserte Absatzerwartungen sind die Basis für kapazitätserweiternde Investitionen der Unterneh-

men. Trotz steigender Gewinne wurden im Zeitraum 1992 bis 1997 etwa zwei Millionen Arbeitsplätze abgebaut. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Abkopplung der Lohnbildung von der Produktivitätsentwicklung in einem Land des Euro-Clubs eine reale Abwertung bedeutet und Deflationsrisiken birgt. Deutschland, ohnehin ein Exportriese, braucht nichts weniger als die Verstärkung des Rückenwindes für Ausfuhren. Stabilisierungs-Wachstumsziele für Deutschland und Europa sprechen damit ebenso gegen Nullrunden wie Argumente der Verteilungsgerechtigkeit. Wieso treffen trotz dieser Nachteile und Risiken Sparappelle auf so viel Zustimmung? Ein Verhalten, das in privaten Haushalten als "Tugend" gilt, wird umstandslos auch bei den öffentlichen Haushältern positiv besetzt. Vor der Ausblendung gesamtwirtschaftlicher Kreislaufzusammenhänge wird aber bereits im volkswirtschaftlichen Grundstudium als vor einem "partialanalytischen Binsenirrtum" gewarnt. Die Nähe zur Macht scheint den Blick zu verengen.

Eindimensional

■ Der vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck in die Diskussion gebrachte Lohnverzicht bei den Tarifverhandlungen, wonach zur Beschäftigungsförderung nur eine Einkommenssteigerung in Höhe der Inflationsrate erfolgen sollte, besticht vor allem durch eine ausgeprägte gedankliche Eindimensionalität.

Wie die Arbeitnehmerverbände

und Gewerkschaften richtig betonen, gab es in den vergangenen Jahren höchst moderate Lohnabschlüsse mit realen Einkommenseinbußen für die Beschäftigten. Dem standen steigende Unternehmensgewinne und Aktienkurse, nicht jedoch die angestrebte Zunahme an Arbeitsplätzen gegenüber. Nun erneut mit der gleichen. bereits seit Jahren erfolglosen Methode wieder in die Öffentlichkeit zu treten, ist weder kreativ noch sozial oder fortschrittlich, sondern ein dumpfes "Mehr von demselben", ohne Hoffnung auf zusätzliche Beschäftigung.

Stattdessen schlage ich einen ganz anderen, sehr ungewöhnlichen Weg vor: inflationsabhängige Gewinnsteigerung bei den Unternehmen statt realer Nullrunden bei Arbeitnehmern! Wie wäre es, die Unternehmensgewinne zu kappen – natürlich nicht ohne die Teuerungsrate, einschließlich Ökosteuer sowie beschäftigungswirksame Investitionen zu berücksichtigen (wir wollen ja fair sein!)?

Mit den dann zusätzlich zur Verfügung stehenden Milliarden ließen sich von öffentlicher Seite die dringend benötigten Arbeitsplätze finanzieren, die die Industrie verspricht, aber nicht schafft.

Peter Wolters, Peine

2 von 3

LESER, FACHLEUTE UND JOURNALISTEN DISKUTIEREN

Nullrunden für Arbeitnehmer?

Reiche reicher



■ Becks Vorschlag, die Kaufkraft der Löhne wie die der Renten über zwei Jahre einzufrieren, wäre einleuchtend, wenn auch das reale Wirtschafts-

wachstum eingefroren würde. Das aber soll nach den Vorstellungen der Verantwortlichen in der gleichen Zeit vier bis fünf Prozent betragen, was einem Mehr von 150 bis 180 Milliarden Mark entspricht. Wenn aber die Arbeitnehmer und die Rentner von diesem Mehr nichts abbekommen und der Staat seinen Etat sogar herunterschraubt, wer erhält dann eigentlich diese Milliarden?



Die Antwort ist einfach: Sie flie-Ben zwangsläufig in die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, vor allem an die Besitzer der seit langem eskalierenden Geldvermögen! Und da deren Einkünfte mit acht Prozent per anno bisher schon doppelt so rasch zugenommen haben wie das Sozialprodukt, sind die Nullrunden nichts anderes als eine Anpassung an die sich weiter öffnende Einkommensschere. So nahmen zum Beispiel von 1970 bis 1997 die Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten auf das Dreifache zu, während das Sozialprodukt auf das Fünffache und die Zinsausschüttungen an das Geldvermögen auf das Zwölffache eskalierten.

Selbst wenn die Steigerungen der Vermögenseinkommen - wie manche Politiker erhoffen - in neue Investitionen statt in die Finanzmärkte fließen würden, wären die Arbeitnehmer auf Grund der zurückfallenden beziehungsweise sinkenden Lohneinkommen gar nicht in der Lage, die vermehrt produzierten Güter auch zu kaufen. Das heißt, solange die Geldvermögen weiter übermäßig wachsen, muss der Druck auf die Löhne und Renten weiter zunehmen. Den schon länger überfälligen (und bislang nur durch Entlassungen vermiedenen) Nullrunden werden darum nach Adam Riese sehr bald Minusrunden folgen müssen, nicht anders als in den USA und anders-Helmut Creutz, Aachen

3 von 3

Arbeit, Geld & Krieg

Aktuelle Gedanken zum Zusammenhang von Geldsystem und Zerstörung

Von Günther Moewes, Dortmund

ekonntlich erzeugt die ständige exponentielle Geldvermehrung in zinsorientierten Volkswirtschaften gewaltige, leistungslos erworbene private Überschüsse. Schätzungen sprechen inzwischen vom Sechs- bis Hundertrachen des konkreten Geldbedarfs der Realwirtschaft. Diese gewaltigen Überschüsse unterliegen den Gesetzen des Marktes. Auf der Suche nach Anlagemöglichkeit jagen sie pausenlos um den Globus. Finden sie keine Anlagemöglichkeit, dann herrscht ein Übercngebot: die Zinsen und damit die Renditen sinken.

Ein Teil des Anlagedrucks wird abgefangen durch "natürliche" Preissteigerungen bei knappen nicht beliebig vermehrbaren Gütern: bei Boden, Immobilien, aiter Kunst, Antiquitäten. Ein weitaus größerer Teil des Anlagedrucks bleibt jedoch unbefriedigt. Für ihn müssen künstlich immerzu neue Anlagemöglichkeiten erfunden werden. Diese ständige Erfindung neuer, künstlicher Anlagemöglichkeiten ist das beherrschende Merkmal kapitalistischer Systeme.

Neben vergleichsweise harmlosen Anlage-Erfindungen – wie zum Beispiel großer Teilen der modernen Kunst – gibt es als weiteres Gebiet die subventionierte, d. h. vom Steuerzahler bezahlte Überproduktion: Früher waren es Kohlehalden, Butterberge und Weinseen, heute sind es 1,6 Mio qm Büroflächenleerstand allein in Deutschland. Trotzdem werden von den Investoren immer weiter Burotürme gebaut, Kindergartenplätze und Sozialwohnungen dagegen kaum. Letztere bringen trotz vorhandenen Bedarfs keine Rendite: Die Geldüberschüsse fragen nicht nach Gesellschaftsdienlichkeit.

Arbeitsbeschaffung statt Vermeidung

Aber selbst diese sinnlosen und vermeidbaren Anlagemöglichkeiten reichen bei weitem noch nicht aus, um den Anlagedruck zu kompensieren. Es muß nachgeholfen werden, zum Beispiel mit dem, was man "Arbeitsbeschaffung" nennt. Mittlerweile ist unsere ganze Wirtschaft geprägt von unsinnigen, vermeidbaren Verfanren, deren einziger Sinn es ist, "Arbeitsplätze zu schaffen". Man tut nicht das Naheliegende, sondern das Abwegigere, weil Aufwendigere.

Mit dem Geld, das man in die Atomindustrie gesteckt hat, hätte man ziemlich genau alle deutschen Altbauten energetisch sanieren können. Damit hötte man weit mehr Energie eingespart, als die Atomindustrie heute produziert. Der Unterschied: Nach der Altbaussnierung wäre dieser Energiebedarf ein für alle mal verschwunden. Er käme nie wieder. Nach dem Atomausstieg ist nur das Geld weg. Der Energiebedarf ist dagegen so groß geblieben wie vorher. Das schafft natürlich Arbeitsplätze.

Ein immer größerer Teil unserer Wirtschaft provoziert von vornherein die spätere, gewinn- und arbeitsplatzträchtige Reparatur, lebt von der vorherigen Zerstörung. Der Beschäftigungsstaat mästet sich an seinen eigenen Fehlern. Unterlassene Vermeidungen, Fehler, Schäden, Zerstörungen sind stets willkommen. Sie erzeugen eine neue beschäftigungsintensive Reparaturindustrie: Naturzerstörung erzeuct aufwendige "Renaturierung", Lebensmittelchemie, Umweltgifte und unsinnige Ernährungsgewohnheiten erzeugen eine immer aufwendigere Reparaturmedizin. Die wachsende Ungleichverteilung erzeugt Sozialreparatur, Kontaminieruna schafft Dekontaminierung, Verschmutzung erzeugt Reinigung, Verpackung erzeugt Recycling usw.

Auch ein großer Teil der angeblich so arbeitsplatzschaffenden Umweltzechnologie ist das Ergebnis unterlassener Vermeidung. Das System der exponentiellen Geldmehrung schließt die Vermeidungsgesellschaft ebenso grundsätzlich aus wie die erträumte Effizienz-Gesellschaft. Die Nichtvermeidung, die absichtsvolle Zerstörung mit dem Ziel nachträglicher Reparatur wird zum Politikprinzip.

Von der Inkaufnchme von Zerstörung bis zu ihrer mutwilligen Herbeiführung ist es nur ein kleiner Schritt. Die Grenzen vom sogenannten "Wettbewerb" über den Wirtschaftskrieg bis zum "modernen", kampf- und risikolosen Materialkrieg sind fließend geworden. Reichen alle Erfindungen neuer Anlagemöglichkeiten nicht mehr aus, kommt es zur explosionsartigen Entladung des Anlagedruckes, für die sich besonders Kriege eignen. Schon G. B. Shaw hat bemerkt, daß Kriegen immer größere Niedrigzinsphasen vorausgehen. Jedenfalls hat sich die Hochfinanz noch nie einem Krieg verweigert.

Beim "modernen" Materialkrieg wird der Wiederaufbau bereits vor Kriegsbeginn versprochen. Mit diesem Ziel werden noch vor Kriegsende Firmenpools in den High-tech-Ländern gebildet. 60 Mrd. Kriegskosten erzeugen 60 Mrd. Wiederaufbaukosten. Das Kosten-Wirkungs-Verhältnis ist

ebenso unwichtig wie die völkerrechtliche oder moralische Rechtfertigung oder das Paktieren mit sonst so genannten "Terroristen". "Was immer es auch kostet, wir müssen siegen", sagte Tony Blair. Richtiger wäre wohl gewesen: "Egal ob wir siegen oder verlieren Hauptsache, es kostet was."

Immer mehr Politiker und Polizisten, Piloten und Arbeiter besorgen das Geschäft der Geldanleger. Ob ferngesteuerte Finanzoperation per Mausklick oder ferngesteuerter Beschuß per Knopfdruck – das Geid kann und will die Wirkungen, die es anrichtet, nicht sehen und erleben. Ein absehbarer Höhepunkt bei der Anlagebeschaffung wird erreicht sein, wenn zwei ebenbürt ge High-Tech-Nationen sich gegenseitig ihre Infrastrukturen zerstören.

Verursacher als Wohltäter

So schaff: sich das globale Geldsystem ständig seine eigenen Stützungsmechanismen und Verstärker: Sein Vermehrungsprinzip erzeugt u.a. die Verschuldung der Staaten und der Dritten Welt. Der ihm innewohnende Zwang zur ständig wachsenden Ungleichverteilung bewirkt globale und nationale Spannungen, schafft Aufstände, Kriege, Bürgerkriege, Flüchtlingsströme und den sog. "Terrorismus". So kann es nicht nur seinem Anlagedruck Luft schaffen, sondern es kann sich, obwohl selbst Verursacher, auch noch als anschließender Wohltäter beim profitablen Wiederaufbau, bei der Reparatur und bei der Schaffung von vermeidbarer Beschäftigung darstellen. Und als Verteidiger der "Menschenrechte".

Eine Gesellschaft, die die Früchte der Industrialisierung und Maschinisierung, die ständigen Produktivitätsgewinne nicht verteilt, sondern deren Verteilung stets von der vorherigen Verrichtung vermeidbarer Arbeit abhängig macht, eine solche Gesellschaft wird immer zerstören müssen, um ausreichend Arbeit und Gewinnvorwände zu beschaffen. Zwischen Arbeitsbeschaffung und Zerstörung besteht somit ein grundsätzlicher Zusammenhang: Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsvernichtung.



Der Autor ist Professor für Entwerfen und Konstruktion an der Fachhochschule Dortmund.

Frankfurter Rundschau

Dienstag, 5. Oktober 1999, Nr. 231 / Seite 8

Der ungleiche Kampf um die Natur

Mit Hilfe von Patenten sichern sich internationale Konzerne ein Monopol auf die Nutzung von Flora und Fauna Von Pierre Simonitsch (Genf)

Ist Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein der Erfinder des geschmackvollen Basmati-Reises? Im Prinzip nein, doch Seine Durchlaucht besitzt das Patent für diese auf dem indischen Subkontinent wachsende Reissorte. Das auf Diversifizierung seines Unternehmens bedachte Oberhaupt des europäischen Ministaates hat 1997 einen kleinen Agrarbetrieb in Texas erworben. RiceTec, wie die Firma heißt, ließ eine in den USA angebaute Art von Basmati-Reis patentieren und will damit dem asiatischen Original Konkurrenz machen. Die in Liechtenstein eingetragene Gesellschaft vermarktet ihr Produkt unter den Namen Texmati, Jasmati und Kasmati mit dem Zusatz "Indian Style Basmati".

Das Keimplasma, das RiceTec für seine Züchtung benutzt, stammt offenbar aus Indien und ist den dortigen Bauern nie vergütet worden. Nach ersten DNA-Analysen handelt es sich bei der seit einem Jahr in den USA produzierten Reisart bloß um eine Mischung traditioneller Basmati-Varietäten. Das Patent des Fürsten von Liechtenstein verstoße also gegen dem Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über handelsbezogenes geistiges Eigentum (Trips) und sei nichts anderes als Bio-Piraterie, klagen DrittweltGruppen. Sobald Indien und Pakistan ihren Konflikt um Kaschmir und Atomwaffen entschärft haben, wollen sie bei der WTO eine gemeinsame Klage einreichen, denn sie befürchten, ihren wichtigen Ex portartikel an die USA zu verlieren.

Durch Patente und Handelsmarken abgesicherte Bio-Piraterie ist mittlerweile zu einem weltweiten Problem geworden. Die Opfer sind zumeist Entwicklungsländer, besonders jene mit einer großen Artenvielfalt wie die Amazonas-Anrainer oder

Madagaskar. Die Pharmamultis sammeln dort ungeniert Heilpflanzen, um deren Wirkstoffe patentieren zu lassen Die Medizinmänner, denen die Forscher ihre Kenntnisse verdanken, gehen natürlich leer aus. Der in der Genmanipulation führende US-Konzern Monsanto besitzt die größte Sammlung exotischer Gewächse. Sie werden in den Labors in ihre Bausteine zerlegt mit der Absicht, ihre besonderen Eigenschaften zu verpflanzen oder synthetisch herzustellen. Monsanto macht derzeit das große Geschäft mit genetisch verändertem Mais, der einen biologischen Insektenschutz enthält.

Ohne viel Anstrengung mit Patentanmeldungen den großen Reibach zu machen, versuchen auch Privatpersonen. Ein Kalifomier weist sich als glücklicher Besitzer mehrerer jüngst "entdeckter" Heilpflanzen aus dem Amazonasgebiet aus, die den einheimischen Völkern schon seit Jahrtausenden bekannt sind. Stolz zeigte der Mann vor den Fernsehkameras seine vom nationalen Patentamt ausgestellten Dokumente vor. Solche Besitzansprüche können angefochten werden, was aber mit hohen Kosten verbunden ist.

Laut Definition der in Genf ansässigen Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) ist ein Patent "ein Vertrag zwischen einer Regierung und einem Erfinder". Dieser Vertrag verbrieft dem Erfinder das Recht, seine Erfindung während einer bestimmten Zeitspanne zu nutzen oder zu verkaufen. Es gibt aber immer noch eine Grauzone bei der Frage, was alles patentiert werden kann.

Am 30. September veranstaltete die WIPO eine hochrangige Gesprächsrunde über den Schutz des geistigen Eigentums in den am wenigsten entwickelten Ländern. Eines der Themen war der Umgang mit dem "traditionellen Wissen". Ein Naturheiler in Afrika zum Beispiel behandelt Kranke, indem er Kräutermischungen zusammenstellt. Er kennt deren Wirkung aus den "klinischen Versuchen" seiner Vorgänger, vermag aber die molekularen Vorgänge nicht in den Fachausdrücken der Biochemie zu beschreiben. Das Patent wird daher eine Firma anmelden, die die nötigen Analysen durchführt. "Die althergebrachten Kenntnisse indigener Völker stellen einen beträchtlichen wirtschaftlichen Wert dar und bieten eine Basis für die Bewahrung der Artenvielfalt und die Gewinnteilung", heißt es im Schlussbericht der WIPO-Tagung. Außer solchen frommen Wünschen ist aber den traditionellen Kulturen bisher noch wenig abgegeben worden.

Der mit zweifelhaften juristischen Mitteln ausgetragene Kampf um den Besitz der Natur beschränkt sich nicht auf die Flora. Slowenien hat sich an die WTO gewandt, um als rechtmäßiger Züchter der berühmten Lipizzaner-Pferde anerkannt zu werden. Derzeit besitzt die Wiener Hofreitschule dieses einträgliche Privileg. Die Regierung in Ljubijana weist aber darauf hin, dass der Name dieser Pferderasse von ihrem Urgestüt im slowenischen Lipica herkommt. Falls die WTO die von Slowenien beschlossene "Verordnung über den geographischen Schutz der Bezeichnung Lipizzaner" absegnet, fällt den Stallungen in der Nähe von Triest das Recht auf Führung der Zuchtbücher zu.

Eigentlich stammen die Lipizzaner aus Andalusien. Sie wurden zu Beginn der Türkenkriege von den Habsburgern eingeführt, um den osmanischen Heerscharen eine ebenbürtige Kavallerie entgegenzustellen. Das Gestüt Lipizza lag damals im Herzogtum Krain, das zum Habsburgerreich gehörte. Nach dem Zusammenbruch der K.u.k.-Monarchie wurden die Pferde nach Rest-Österreich evakuiert.

Ein großer Handelskrieg zeichnet sich an der Genfront ab. Das amerikanische Agrobusiness hat bei der Züchtung genetisch veränderter Getreidesorten einen beträchtlichen Vorsprung errungen und versucht diesen in Dollars umzumünzen. Die für kommendes Jahr vorgesehene "Millennium-Runde" über eine weitere Liberalisierung des Welthandels ist bereits von den Interessenkonflikten überschattet. Die sogenannte "Miami-Gruppe" (USA, Kanada, Australien, Argentinien, Chile und Uruguay) widersetzt sich jeder Form von Handelsbeschränkungen für genetisch veränderte Organismen. Dabei war beim Umweltgipfel von Rio im Jahre 1992 die Ausarbeitung eines Protokolls über die Bio-Sicherheit beschlossen worden, wonach genmanipulierte Produkte "nur mit dem Einverständnis der Drittländer und aller Sachkenntnis exportiert werden dürfen".

Genetisch veränderte Nahrungsmittel stoßen vor allem in Europa auf Ablehnung. Wegen der Reaktion der Konsumenten haben Supermarktketten in mehreren EU-Ländern die Produkte bereits aus den Regalen verbannt. Doch die
Branchenführer der Genmanipulation wie Monsanto, DuPont und Novartis fordern
Handelsfreiheit und berufen sich auf Gutachten der US-Behörde für Nahrungsmittelkontrolle, die künstlich geschaffenem Getreide Unbedenklichkeit bescheinigt.

Der Gegenbeweis steht bisher aus. Die Gegner des "GM Food" vertreten aber die Meinung, dass die langfristigen Auswirkungen von genetisch veränderten Nah rungsmitteln auf den menschlichen Organismus und auf die Umwelt noch nicht abgeschätzt werden können. Zumindest müssten die Verbraucher die Möglichkeit haben, durch eine klare Etikettierung ihre Wahl zu treffen. Der größte Rohstoffhändler der Welt, die US-Firma Cargill mit internationalem, Sitz in Genf, ist jetzt bereit, diese Forderung zu akzeptieren.Ihr Konkurrent Archer Daniels Midland

will künftig GM-Produkte und herkömmliche Agrargüter trennen, um nur letztere in Europa anzubieten.

Inzwischen regt sich sogar in den USA Kritik am GM-Food — nicht von Seiten der Verbraucher, sondern der Landwirte. Die Farmer erzielen mit genetisch verän derten Getreidesorten zwar bessere Ernten, aber keine höheren Einkommen. Die Verträge mit Firmen wie Monsanto schreiben ihnen nämlich vor, ausschließlich deren Saatgut zu verwenden. Als Käufer der Früchte ihrer Arbeit tritt eine Tochterfirma von Monsanto auf. Der Konzern versklavt auf diese Weise die Bauern und diktiert die Preise.

Der stellvertretende US-Handelsminister David Aaron wünscht, dass die strittige Frage der genetisch veränderten Nahrungsmittel von der kommenden Welthandelsrunde ausgeklammert wird. Vom Tisch wäre das Problem damit aber nicht, denn der technische Fortschritt ist bekanntlich nicht aufzuhalten. Die nächste Etappe ist die Anreicherung von Pflanzen mit Proteinen oder Ölen. Forscher experimentieren bereits mit Kartoffeln, die menschliche Eiweißstoffe absondern, und mit hämoglobinhaltigem Tabak. Monsanto hat farbige Baumwolle entwickelt. Aus genmanipuliertem Raps sollen bald massenhaft Plastikstoffe hergestellt werden. Ob diese Eingriffe in die Keimzellen der Natur das Gleichgewicht und die Artenvielfalt gefährden, wird die Debatte des nächsten Jahrhunderts sein.